

2 Meinungen

Leserbriefe

Erstaunliche Budgetkosmetik des Kantons

Zu «Kleineres Minus, aber höherer Steuerfuss», SN vom 6. 5.

Mit grossem Erstaunen nahm ich in den SN das nun korrigierte Budget des Kantons Schaffhausen nach der verlorenen Volksabstimmung zur Kenntnis. Plötzlich sinkt das budgetierte Defizit von 29 Mio. Fr. auf nunmehr 7 Mio. Fr., also um sage und schreibe 75 Prozent! Gleichzeitig will die Regierung den vom Kantonsrat beschlossenen Steuerfuss von 2 Prozent vom abgelehnten Budget mit 29 Millionen Defizit auf 3 Prozent erhöhen, obwohl nur noch ein Defizit von ca. 7 Mio. Fr. budgetiert wird.

Jedes Unternehmen der Privatwirtschaft würde bei einer solchen Zahlenakrobatik irgendwann in Insolvenz geraten. Die Finanzplanung des Kantons Schaffhausen gleicht einer Lotterie, Ausschüttungen der Nationalbank hin oder her.

Gleichwohl, die von der Regierung beantragte Steuererhöhung von nunmehr 3 Prozent bei gleichzeitig deutlich geringerem budgetierten Defizit ist klar abzulehnen.

Der Kanton Schaffhausen ist keine Dorfschmiede vom Lande, wo man sich irgendwie durchwursteln kann. Die Seriosität und die Plausibilität der publizierten Voranschläge und Abschlüsse müssen unbedingt professioneller ausgeführt werden. Dafür haben wir eine gewählte Regierung, welche die Verantwortung für den Budgetprozess trägt. Sollte die gegenwärtige Regierung dazu nicht mehr in der Lage sein, haben die Stimmbürger bei den nächsten Wahlen die Möglichkeit, eine neue Regierung zu bestellen.

Walter E. Schilling
Schaffhausen

Fünfer und Weggli gibt es nicht

Zu «Das geht jetzt einfach zu weit», SN vom 6. 5.

Mit Genugtuung lese ich, dass Regierungsrat Reto Dubach seinem Amtskollegen in Baden-Württemberg deutlich mitteilt, dass die Situation mit den Zugausfällen auf der S-Bahn Schaffhausen «nicht akzeptabel» sei. Als GA-Besitzer ärgert es mich, wenn ich mein Auto nehmen muss, um sicherzustellen, dass ich pünktlich am Ziel ankomme.

Verständnis habe ich jedoch für die streikenden deutschen Lokführer, deren Löhne weit unter der Hälfte eines SBB-Salärs liegen. Deswegen bewusst sollen sich auch die unzähligen Schaffhauser Einkaufspendler sein, wenn sie die Löhne von Lidl und Aldi mit denen von Migros oder Coop vergleichen. Haben wir Schweizer nicht einmal gelernt: «den Fünfer und das Weggli gibt es nicht».

Beat Winterlood
Beringen

Schade um das schöne Konzert

Zu «Jazzszenen und Bienen sind gleich fleissig», SN 7. 5.

Ich war am Mittwoch am Schaffhauser Jazzfestival. Zuerst spielte das Biel-Bienne Jazz & ImproOrchestra – ein sehr gelungenes Konzert. Dann kam die junge kubanische Geigerin Yilian Canizares mit Band auf die Bühne. Man hätte es erahnen können anhand der Anzahl Mikro-

fone bei der Schlagzeug- und bei der Perkussion-Batterie. Normalerweise spielen Bass und Schlagzeug als Begleitung im Hintergrund. Aber der Tontechniker der Band verstand das Einpegeln der Instrumente als «jedem Instrument die gleiche Lautstärke zuweisen». Auch der Flügel, der über grosse Strecken Begleitmelodie spielte, wurde so als Soloinstrument «aufgewertet». So konnten die feinen Töne der Geige und der Gesang der Künstlerin stellenweise nicht gehört werden. Das Ganze wurde von mir nicht als Zusammenspiel der Instrumente empfunden, sondern als Konkurrenzkampf. Da konnte die Künstlerin nur mit ihrer Schönheit richtig überzeugen. Schade, die Tontechnik hat das Konzert richtiggehend vergeigt.

André Frey
Schaffhausen

Maden und Insekten essen

Zum Leserbrief «Vegan – alles andere ist Tierquälerei», SN vom 6. 5.

Ja, die Veganer-TV-Werbung gegen Tierfabriken geht einem unter die Haut – soll sie auch, es ist doch wirklich moralisch verwerflich, wie in diesen Konzentrationslagern Lebewesen, die nie in freier Natur ein Körnchen picken durften, in engsten Pflöcken eingelockt, ihre paar gestresst-getriebenen Lebensmonate fristen müssen.

Gedankenlos kaufen Leute vakuumverpackte Tierleichteile – Hauptsache, der Preis stimmt. Würde jeweils auf der Packung deutlich angegeben, oder gar in Bildern gezeigt, unter welchen quälischen Umständen unsere Verwandten gemästet wurden, mancher würde auf dieses Fleisch verzichten oder zumindest nur welches aus tiergerechter Haltung kaufen.

Unsere Schweizer Gesetze sind diesbezüglich grösstenteils tauglich. Die Fleischmassen jedoch, die täglich im Ausland gekauft und über die Grenze geschleppt werden, sind eine Schande für jede Person, die davon isst. Mich packt das Grauen, wenn ich mich diesbezüglich an die TV-Filmtatsachenberichte erinnere.

Ich hoffe, dass trotz einflussreicher Schweizer Fleischlobby endlich appetitliche Eiweissnahrung aus Maden, Würmern und Insekten auf dem Schweizer Markt angeboten werden darf. Diese Art Nahrungsmittel belasten unsere Umwelt wesentlich weniger, als wenn Futter und Fleisch Tausende Kilometer weit herumgekartt werden müssen, ehe sie auf unserm Teller landen. Übrigens leben Milliarden von Menschen seit jeher gut mit diesen Delikatessen.

Wenn wir überzivilisierten Europäer die Hälfte der Nahrungsmittel, die wir täglich wegwerfen, zur Produktion von «krabbelndem Balkoneiweiss!» verwenden würden, müssten wir mit etwas weniger Sorge in die Zukunft blicken.

Ernesto Suter
Neuhausen am Rheinfall

Unter der Rubrik «Leserbriefe» veröffentlicht die Redaktion Zuschriften aus dem Leserkreis, um deren Publikation sie ausdrücklich ersucht wurde. Die Verantwortung für den Inhalt der Einsendungen tragen die Verfasser. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen oder Texte ehrverletzenden Inhalts zurückzuweisen. Anonyme Zuschriften wandern in den Papierkorb. In der Regel werden nur mit vollem Namen, Adresse und Telefonnummer gezeichnete Leserbriefe veröffentlicht.

Korrigenda

NEUES SYSTEM FÜR RADIO- UND TV-GEBÜHREN

SN vom 4. 5.

Korrekt muss es heissen: Wer jährliche Ergänzungsleistungen zur AHV/IV bezieht, dem bleibt die Gebühr weiterhin erspart.



Die Entwicklung der transpazifischen Partnerschaft – im Bild US-Präsident Obama und Japans Präsident Shinzo Abe vor dem Lincoln-Denkmal – sollte die Schweiz genau beobachten, sagt Nationalrat Thomas Hurter nach seiner USA-Reise. Bild Key

Schweiz und USA – mehr als nur Geschwisterrepubliken

Im Rahmen der parlamentarischen Freundschaftsgruppe Schweiz-USA reiste ich letzte Woche mit einem Ständerat und drei Nationalräten nach Boston und Washington. Üblicherweise treffen sich die Parlamentarier beider Länder einmal im Jahr, um gemeinsame Themen zu besprechen. In den letzten Jahren standen Themen wie nachrichtenlose Vermögen, Bankenstreit, Doppelbesteuerungsabkommen, Bildungsaustausch oder Sicherheitsfragen zur Debatte. Dieser Austausch dient dazu, den Informationsfluss zwischen der Schweiz und den USA zu pflegen, Probleme und Herausforderungen zu besprechen sowie das gemeinsame Verständnis zu fördern.

Die USA sind für die Schweiz der zweitgrösste Exportmarkt. Umgekehrt sind die Exporte aus den USA in die Schweiz grösser als in sämtliche skandinavischen und baltischen Staaten zusammen. Universitäten beider Länder pflegen einen regen Austausch, und im Bereich Berufsbildung wird die Schweiz als absolutes Vorbild angesehen. Die nicht durch Bundesgelder finanzierte Reise beinhaltete zwei Tage in Boston sowie zwei Tage in Washington.

In Boston war der Fokus auf Bildung, Entwicklung und Forschung gelegt. So konnten wir erfolgreiche Schweizer Firmen besuchen und Gespräche mit Firmeneinhabern, Universitätsprofessoren und dem Gouverneur von Boston führen. Zusätzlich statteten wir Firmen/Organisationen, die helfen, innovative Firmen zu gründen, einen Besuch ab. Ebenfalls waren wir bei Biotech-Firmen und Laboratorien zu Besuch (z. B. das Novartis Global

Bei einem USA-Besuch informierten sich Parlamentarier über die Entwicklung zweier US-Freihandelsabkommen. Hier muss die Schweiz ein wachsames Auge haben.

VON THOMAS HURTER

Research Headquarter). Einige dieser Firmen/Organisationen haben bereits Beziehungen zur Schweiz oder möchten diese vertiefen.

In Washington konnten wir Gespräche mit einzelnen Senatoren, Mitgliedern des Repräsentantenhauses und den Amtsstellen führen, um verschiedene Themen, wie das von den USA blockierte Doppelbesteuerungsabkommen, Berufsbildung, Botschaftstätigkeit der Schweiz für die USA im Iran und in Kuba, Wirtschafts- und Finanzfragen und natürlich auch das geplante Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU zu besprechen.

Beim sogenannten TTIP-Abkommen geht es primär um den Abbau von Handelshemmnissen zwischen Europa und den USA. Die EU sieht darin bessere Marktmöglichkeiten, während es den USA eher darum geht, den «Weltstandard» in Handelsfragen zu definieren. Die Zeit eilt, weil Asien ähnliche

Ziele verfolgt. Bei unseren Gesprächen haben wir festgestellt, dass diesem Freihandelsabkommen sehr hohe Priorität eingeräumt wird, zusammen mit einem Freihandelsabkommen im pazifischen Raum (TPP). Trotz Widerstand aus den eigenen demokratischen Reihen ist die allgemeine Stimmungslage eher für die beiden Abkommen.

Hauptkritikpunkte in Europa sind die Angst der Erosion von Standards, Konsumentenschutz und Lebensmittelsicherheit sowie eine mögliche Einschränkung der demokratischen Rechte. In den USA sind es ähnliche Themen, aber allem voran die Landwirtschaft. Ein Demokrat meinte schliesslich, es werde hauptsächlich um die Themen «beef, cheese and sugar» gehen.

Momentan wird darüber debattiert, ob die Kongressmitglieder noch inhaltliche Änderungen anbringen können. Sollte dies möglich sein, wären die Abkommen massiv gefährdet. Einige wollen ein Schnellverfahren, das nur ein Ja oder ein Nein zulässt. Diese Abstimmung sollte vor der Präsidentenwahl stattfinden. Somit sind doch noch einige Stolpersteine aus dem Weg zu räumen. Für die Schweiz wird es wichtig sein, ob und mit welchem Inhalt diese Abkommen zustande kommen. Die EU und die USA sind unsere beiden wichtigsten Exportmärkte. Bei einem Zustandekommen könnte es durchaus sein, dass unsere Exporte in beide Gebiete zurückgehen. Insofern müssen wir die Verhandlungen weiter eng verfolgen und uns Möglichkeiten schaffen, relativ schnell zu reagieren.

Thomas Hurter ist Schaffhauser Nationalrat (SVP).

Presseschau Zu Netanjahus knapper Regierungsbildung in Israel

Die Israelis wollen in einem Wort Stärke im Angesicht extremer Gefahren. Mit diesem Angebot gewann Netanjahu auch im März wieder die Wah-

Die Knesset hat 120 Sitze, Netanjahu verfügt lediglich über die hauchdünne Mehrheit von 61. Das heisst, dass er aus einer sehr schwachen Position her-

Es scheint das Gefühl der israelischen Rechten, die jetzt das Land regiert, zu sein, dass sich das palästinensische Problem schon irgendwie löst, wenn

DIE WELT

len. Aber die Regierung, die er nun bildet, betrügt die Hoffnungen seiner Wähler. (...) Die Mehrheit, die Netanjahu gebildet hat, ist rechnerisch. In der Gesellschaft gibt es sie so nicht. Dort wünscht man sich Stabilität und Säkularismus als Antwort auf den umgebenden Wahn. Das muss die Regierung widerspiegeln. Sonst macht sie das Land schwach. (Die Welt)

Neue Zürcher Zeitung

aus regiert. (...) Wie schon oft spielen kleine Parteien das Zünglein an der Waage und bekommen ein überproportionales Gewicht. Netanjahu wird weiterhin den starken Mann markieren, aber es wird ein Leichtes sein, ihn unter Druck zu setzen. Die Koalitionsverhandlungen mit zeitweise fast schon erpresserischem Charakter gaben einen Vorgeschmack darauf. (NZZ)

The Washington Post

man es ignoriert. Aber das wird es nicht und die Tragödie besteht darin, dass jetzt der Moment ist, in dem viele Sterne für Israel in günstiger Konstellation stehen, sodass eine weitsichtige Führung das Land als demokratischen jüdischen Staat permanent sichern und Frieden mit seinen Nachbarn schliessen könnte. Es ist eine goldene Gelegenheit, die Netanjahu genau ins Gesicht starrt. (Washington Post)